

Entwicklung bürgerschaftlicher Netzwerke im Rahmen des Bundesprogramms „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“

Ausgewählte Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung zur Arbeit der durch CIVITAS geförderten „Netzwerkstellen“

Ressourcen und Potenziale von Netzwerken und lokalen Bündnissen zur Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements sind Gegenstand des heutigen Themenschwerpunktes dieser Tagung. Der Beitrag des CIVITAS-Programms zur lokalen Netzwerkbildung soll anhand ausgewählter Ergebnisse der Evaluierung von Netzwerkprojekten des CIVITAS-Programms durch die wissenschaftliche Begleitforschung vorgestellt werden¹. Um die Besonderheiten bzw. den besonderen Anspruch des Programms zu skizzieren, wird zunächst das CIVITAS-Programm in Ansatz und Förderschwerpunkten beschrieben. Vor diesem Hintergrund ist die Arbeit der durch CIVITAS geförderten sogenannten „Netzwerkstellen“ anschließend zu betrachten.

Das CIVITAS Programm – Ansatz und Förderschwerpunkte

CIVITAS ist ein von der Bundesregierung 2001 aufgelegtes „Sonderprogramm“ gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. In diesem Rahmen werden über das CIVITAS-Programm zeitlich befristete Modellprojekte in den neuen Bundesländern und in Berlin gefördert. Das CIVITAS-Programm setzt mit seinen Leitzielen, Förderschwerpunkten und Zielgruppen auf die Entwicklung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Ausgangspunkt bildet dabei die These, dass der Verbreitung rechtsextremer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Erscheinungen zivilgesellschaftliches Engagement auf den verschiedensten gesellschaftlichen Ebenen entgegengesetzt werden kann und soll. Die Initiierung bzw. Stärkung von Eigeninitiative, Selbstorganisation und Partizipation im Gemeinwesen soll durch Erprobung, Weiterentwicklung und Übertragung von zeitlich begrenzten Modellprojekten, durch die Professionalisierung von Beratungsstrukturen sowie durch die Qualifikation (Anregung, Anerkennung und Förderung) von ehrenamtlichem

Engagement nachhaltig erreicht werden.

Wesentliche Förderprinzipien sind dabei die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen im Gemeinwesen, die menschenrechtliche Grundorientierung, die Partizipation der Zielgruppen sowie die Nachhaltigkeit der Maßnahmen. Da es also weniger um das Durchlaufen einmaliger Maßnahmen mit einer speziellen Zielgruppe, sondern vielmehr um langfristige Veränderungen in den Gemeinwesen geht, ist der Ansatz des CIVITAS-Programms explizit gemeinwesenorientiert, bei den Projekten wird darum auf eine gute regionale bzw. lokale Verankerung Wert gelegt.

Zentral für den Anspruch des CIVITAS-Programms, aber besonders auch für die Einschätzung seiner Umsetzung in der Evaluation ist demnach, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus als einem komplexen gesellschaftlichen Phänomen hier zum Ausgangspunkt eines breiter angelegten Veränderungsprozesses der politischen Kultur wird, der die „Mitte“ der Gesellschaft zum Ziel hat und nicht bloß den gesellschaftlichen „Rand“ mit einbezieht.²

Die formulierten Zielgruppen des CIVITAS-Programms sind demnach breit gefächert und entsprechen dem ganzheitlichen, intergenerativen Anspruch des Programms. Die Angebote sollen sich in erster Linie an die verschiedensten Vertreter der Gemeinwesen wie Multiplikatoren/innen der Jugendarbeit in Vereinen, an Verwaltungen, Politik, Kirche sowie Schule aber auch an engagierte Bürger/innen, Initiativen, Migranten/innen sowie Eltern und andere Erziehungsberechtigte und Jugendliche richten. In den Leitlinien werden exemplarisch spezifische Zielgruppen wie Asylbewerber/innen und Migranten/innen-Gruppen, Opfergruppen rechtsextremer und fremdenfeindlicher Übergriffe, Schüler/innen und Lehrer/innen, (Jugend-)Sozialarbeiter/innen, Peerleader, Multiplikatoren/innen und ehrenamtlich Tätige benannt.

Dem komplexem Ansatz des Programms und dem breiten Zielgruppenspektrum soll mit einer weit gefächerten Förderstruktur entsprochen werden, die im folgenden benannt wird:

- Mobile Beratungsteams,
- Beratung von Opfern rechtsextremer Straftaten und Gewalttaten,
- überregionale Modellprojekte,
- Maßnahmen zur Stärkung und Entwicklung zivilgesellschaftlicher, demokratischer Strukturen im Gemeinwesen (Förderung von Engagement und Beteiligung) sowie Austausch und Vermittlung von Erfahrungen,
- Projekte zur Vernetzung des zivilgesellschaftlichen Engagements im Gemeinwesen.

In der Evaluation wurden im zurückliegenden Jahr zunächst die 40 langfristig geförderten sogenannten „Strukturprojekte“ untersucht (Opferberatungsstellen, Mobile Beratungsteams und Netzwerkstellen). Für diese Projekte stehen allgemein die Professionalisierung von Beratungs- und Vernetzungsstrukturen als zu leistende Aufgaben im Vordergrund.

Insbesondere die Arbeit der letztgenannten Netzwerkstellen sind für das Thema der heutigen Veranstaltung von besonderem Interesse, obgleich Vernetzung, also der Aufbau von Informations- und Kooperationssystemen auch für die beiden anderen Projektgruppen als begleitende Zielstellung festgeschrieben ist.

Die CIVITAS-Netzwerkstellen zur Förderung lokaler Kooperationsbeziehungen

Die Netzwerkstellen wurden 2002 neu in das Förderspektrum aufgenommen, um der Vereinzelung von Initiativen und Ansätzen entgegenzuwirken und im Rahmen einer lokalen Auseinandersetzung mit demokratiegefährdenden Entwicklungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen Verbindungen zu schaffen. Durch die Erarbeitung gemeinsamer Ziele und Vorgehensweisen im Engagement gegen rechtsextreme Erscheinungen soll eine „örtliche Verantwortungsgemeinschaft“ in Gestalt verlässlicher Austauschbeziehungen zwischen den unterschiedlichen kommunalen Akteuren implementiert und gepflegt werden³.

1. Ressourcen der Netzwerkstellen

Zur Umsetzung der 25 Netzwerkstellen wurde für jedes Projekt eine Personalstelle eingerichtet. Von den 25 Projekten arbeiten fünf Netzwerkstellen mit geteilten Stellen bei unterschiedlicher Stundenaufteilung zwischen den jeweiligen Mitarbeitern/innen. Die Netzwerkstellen wurden (im Jahr 2002) weiterhin mit einem Sachmitteletat von maximal 15.000 Euro ausgestattet. Zudem werden begleitende Fortbildungen der Mitarbeiter/innen durch das CIVITAS-Programm zentral koordiniert. An die Bewilligung der Projektanträge war das Einbringen von befürwortenden Stellungnahmen bzw. von Kooperationserklärungen aus den Kommunen geknüpft, die durch die antragstellenden Träger einzuwerben waren.

Die Projektlandschaft ist durch eine sehr heterogene Trägerstruktur gekennzeichnet. Das Spektrum umfasst große Wohlfahrtsverbände, kirchliche Träger, etablierte freie Träger sowie kleine, relativ junge Träger, in denen die Mitarbeiter/innen der Netzwerkstellen zum Teil die einzigen hauptamtlichen Angestellten sind.

Die Netzwerkstellen wurden in folgenden

Sozialräumen angesiedelt: sechs in Berlin, vier in Großstädten/Landeshauptstädten ab 100.000 Einwohner, vier in Städten zw. 50.000 und 100.000 Einwohner, vier in Städten über 20.000 Einwohner (Regionalzentren, Kreisstädte, regionale Verwaltungszentren, inklusive Kulturszene und entsprechend ausgebauter Infrastruktur), acht in Kleinstädten bzw. Gemeinden unter 20.000 Einwohner – davon zwei in Gemeinden unter 3.000 Einwohner. Die Aktionsradien, also die „Zuständigkeitsbereiche“ der Netzwerkstellen, sind nicht eindeutig definiert und reichen von einem Kiez (Teil eines Stadtbezirks) über eine ganze Stadt, eine Stadt mit angrenzendem Landkreis und bis zu drei Landkreisen. In den beschriebenen sehr unterschiedlichen „Ansiedlungen“ der Projekte bei verschiedenen großen/etablierten Trägern und in sehr unterschiedlichen sozialräumlichen Kontexten wurde demnach eine Vielzahl ungleicher Ausgangsbedingungen für die Netzwerkstellen implementiert, die die Umsetzung der Arbeitsaufträge beeinflussen.

2. Ansatz und Potenziale der Netzwerkstellen

Als Ausgangspunkt der Evaluation ist die besondere Anlage der CIVITAS-Netzwerkstellen im Vergleich zu Projekten anderer Programme interessant. Wie ist diese beispielsweise im Unterschied zu Netzwerken zu beschreiben, die im Rahmen von Projekten der „Sozialen Stadt“ (E&C, Netzwerke und Ehrenamt u.a.) entwickelt werden sollen? Der wichtigste Unterschied ist darin zu sehen, dass sich im Fall von CIVITAS keine „Gebiete“, z.B. über Jugendämter für eine Förderung bewerben, sondern einzelne Träger z.T. selbst kleinste Initiativen gegen Rechtsextremismus. Das bedeutet, hier wird nicht auf professionalisierte Einrichtungen/Akteure zurückgegriffen, die quasi „von oben“ bürgerschaftliche Netzwerke aufbauen, es sollen vielmehr „von unten“ zivilgesellschaftliche Netzwerke entstehen, die sich gleichzeitig an alle denkbaren Zielgruppen richten. Die Netzwerkstellen können also nicht generell – wie die Netzwerkakteure des E&C-Programms, oder bei den über Entimon geförderten „Lokalen Aktionsplänen für Toleranz und Demokratie“ auf solche Strukturknoten zugreifen. Auch kann ein Konsens über die Notwendigkeit von Interventionen in einem Sozialraum bei den relevanten Akteuren nicht in gleichem Maße vorausgesetzt werden.

Die Netzwerkstellen wurden demnach in einer sehr großen Offenheit implementiert. Infolgedessen hatten die mit der Umsetzung der Projekte betrauten Mitarbeiter/innen verschiedene Fragen im Vorfeld der eigentlichen Vernetzungsarbeit zu klären:

■ Wer soll „vernetzt“ werden? Die Zielgrup-

pen der Vernetzung sind zwar in den Leitlinien exemplarisch benannt. Im konkreten Fall war jedoch keineswegs klar, welche Akteure im jeweiligen lokalen Kontext welche Potenziale in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen und fremdenfeindlichen Erscheinungen bzw. zur Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements besitzen.

- Hinzu kommt, dass zivilgesellschaftliche Netzwerke frei organisiert sind; es gibt also keine institutionell gebundenen Zuständigkeiten und damit eine geringere Verbindlichkeit. Kooperationen in diesem Setting basieren ausschließlich auf Freiwilligkeit und sind abhängig vom Interesse und der Bereitschaft einzelner Personen, sich zu engagieren.
- Ebenfalls offen sind die konkreten Funktionsbereiche der Netzwerkprojekte. Außer einem sehr allgemeinen Rahmenauftrag bleibt weitgehend offen, welche Aufgaben die Person in der Netzwerkstelle abzudecken hat, ebenso welche Funktion das zu bildende Netzwerk haben soll. Zu klären war also zunächst, welches Angebot die Netzwerkstelle den potentiellen Netzwerkpartnern machen soll.
- Schließlich sind im Grunde sogar die Themen offen, unter denen sich ein Netzwerk formieren soll. Der „Aufhänger“ der Netzwerkarbeit ist abhängig von der individuellen und der lokal keineswegs einheitlichen Problemdefinition (Gewaltprävention, Aktionen gegen rechtsextreme Erscheinungen, Stärkung demokratischer Potenziale etc.)

Diese große Offenheit der Projektaufträge scheint im Rahmen eines quasiexperimentellen Modellprogramms zunächst durchaus legitim. Die Netzwerkprojekte haben dadurch eine sehr große Gestaltungsfreiheit und sind zumindest theoretisch in der Lage, jede Art lokalen Bedarfes aufzugreifen. Die große Offenheit birgt allerdings auch Risiken. Zu nennen sind hier vor allem die in einigen Fällen zu beobachtende Unsicherheit der einzelnen Mitarbeiter/innen im Hinblick auf die Art und Weise der Umsetzung ihrer neuen Stelle. Diese Unsicherheit führte in diesen Fällen entweder dazu, dass sich die Mitarbeiter/innen zunächst auf Arbeitsbereiche zurückzogen, in denen sie sich z.B. aufgrund von Vortätigkeiten sicher fühlten. In anderen Fällen war ein übermäßiges Aufladen verschiedenster Aufgaben und Zuständigkeiten zu beobachten, die u.a. auch von den lokalen Akteuren an die neuen Netzwerkstellen herangetragen wurden und die diese aufgrund des anfänglich kaum vorhandenen eigenen Profils auch annahmen. Als Folge davon wurden mitunter eine stark verlängerte Einarbeitungsphase sowie Überlastungser-

scheinungen der Mitarbeiter/innen in den ersten Monaten der Projektlaufzeit beobachtet.

3. Ausgewählte Ergebnisse der Evaluierung der Netzwerkstellen

Auf der Grundlage von qualitativen Interviews mit den Mitarbeitern/innen, aber auch Ortsbesuchen und Dokumentensichtungen konnte in der Evaluierung eine Vielzahl von unterschiedlichen Ansätzen der Netzwerkarbeit herausgearbeitet werden, die hier aus Zeitgründen jedoch nicht ausgebreitet werden können. Ich möchte Ihnen aber einige ausgewählte Befunde der Evaluierung vorstellen, die in Bezug auf den oben beschriebenen „ganzheitlichen“ Anspruch des Programms und seiner Projekte sowie auf das heutige Rahmenthema interessant erscheinen:

Insgesamt kann thematisch und im Bereich der Zielgruppen bei den Netzwerkstellen ein Übergewicht an Bezügen zum Jugendbereich festgestellt werden. Dieser erklärt sich zum Teil aus der Anbindung der Netzwerkstellen an Träger der Jugendarbeit. Weiterhin ist der starke Jugendbezug Ergebnis einer (lokalen) Problemfokussierung von Rechtsextremismus als ein ausschließlich jugendspezifisches Phänomen, das auch hauptsächlich innerhalb dieser Zielgruppe zu bearbeiten ist. Für den so eingegrenzten Fokus wird u.a. die Ursache angeführt, dass es für den Einbezug weiterer wichtiger Zielgruppen, wie insbesondere Eltern, ältere Menschen und Vereine, an guten Konzepten bzw. schlicht an Ideen und Möglichkeiten der Ansprache und Einbindung mangle. Schulen wurden von allen Mitarbeitern/innen als wichtige Akteure erkannt, die jedoch generell als schwer zu vernetzen gelten. Dabei wird weniger auf fehlendes Interesse und Engagement der Schüler/innen, sondern vielmehr der Lehrer/innen und Schulleitungen verwiesen. Insbesondere Haupt-, Berufs-, und Realschulen (bzw. Gesamtschulen ohne gymnasiale Oberstufe) sind ohne vorhandene Ansprechpartner in den Schulen (Schulsozialarbeiter/in, engagierte Lehrkräfte) schwierig zu erreichen. Dies kann sowohl als generelles Problem der Zugänglichkeit in das verhältnismäßig geschlossene System Schule gewertet werden, darüber hinaus aber auch als spezifisches Problem unter den vorgebrachten Themen (Rechtsextremismus, Antirassismusbearbeitung), da insbesondere die benannten Schultypen Rufschädigungen als „Problemschulen“ fürchten.

Besonders in der Anfangszeit der Projektarbeit wurde die Einbindung von Entscheidungsträgern also der deutungsmächtigen Akteure, aber auch anderer Institutionen (Sportvereine, Ausbildungszentren, Verbände etc.) von den Projektmitarbeitern/innen als schwierig einge-

schätzt. Vor allem das Zusammenbringen von Initiativen und solchen „lokalen Eliten“ wurde von den Projekten in sehr unterschiedlicher Weise erreicht.

Einem Teil der Projekte ist es jedoch in der Projektlaufzeit von ein- bis anderthalb Jahren gelungen, sich als Ansprechpartner in den Gemeinwesen zu etablieren. Sie haben einen Verbund von (mehr oder weniger verbindlichen) Kooperationspartnern zusammengebracht, sie vermitteln Beratungen und Qualifizierungen in den Bereichen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, aber auch Projektmanagement und Fundraising. Sie moderieren Treffen (wie z.B. Runde Tische gegen Gewalt) und geben Impulse für gemeinsame Projektarbeit zwischen verschiedenen Akteuren (wie z.B. Jugendgruppen und freien Trägern).

Einem anderen Teil der Netzwerkstellen scheinen solche Erfolge bislang weniger gelungen zu sein. Die angestoßenen Netzwerke sind eher unterkomplex und verbleiben im vorher bekannten Trägerkreis. Diese Netzwerkstellen berichteten von geringer Bekanntheit, Desinteresse oder ablehnenden Reaktionen von angefragten Akteuren sowie von abgebrochenen Kooperationen. Die Netzwerkarbeit selbst wird als schleppend und eher mühsam beschrieben, die Verschleißerscheinungen der Mitarbeiter/innen in Bezug auf die Motivation gerade in der Anfangszeit der Projektlaufzeit als sehr hoch.

Diese sehr unterschiedlichen Einschätzungen über den Projekterfolg lassen sich auf verschiedene Ursachen zurückführen. Sie sind nicht nur Ergebnis unterschiedlicher persönlicher Kompetenzen der Mitarbeiter/innen, sondern Ausdruck der Implementationsstrategie des Programms, der unterschiedlichen sozialräumlichen Gegebenheiten sowie projektinterner Faktoren (wie Konzepte und Vorgehensweisen). Diese drei Begründungsdimensionen können hier jeweils nur kurz benannt werden. Für die Evaluation – also die Beschreibung und eine angemessene Beurteilung der Projektumsetzung – waren sie von entscheidender Bedeutung.

1. Die 25 Netzwerkstellen wurden in sehr unterschiedlichen Konstellationen implementiert. Nicht nur die Art des Trägers (große, etablierte Träger oder kleinste Initiativen), sondern vor allem die Vorgeschichte des Projekts sowie die lokalen Rahmenbedingungen spielen eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung der Projektaufträge. So fanden bspw. Projekte, die in Regionen mit ausreichend ausgebauter Infrastruktur (freie Träger der Jugendarbeit, Initiativen gegen Rechtsextremismus, Schulen, Kreisjugendring etc.) und einem bestehenden „Grundset“ an Kooperationsbeziehungen

seitens des Trägers zu Beginn sehr günstige Bedingungen für eine Vernetzung von verschiedenen Akteuren vor. Gleiches gilt für Projekte, die auf ein bestehendes Netzwerk oder großes Bündnis (gegen Rechtsextremismus – für Toleranz und Demokratie o.ä.) implementiert wurden und so diese Netzwerke als „Zugpferde“ koordinieren bzw. deren Effizienz steigern konnten. Wieder andere Netzwerkstellen hatten zu Beginn der CIVITAS-Förderung einen Vorlauf als lokale „Initiative gegen Rechtsextremismus“ und konnten mit der Netzwerkarbeit an die bestehenden Erfahrungen und vor allem an persönliche Kontakte anknüpfen. Bei diesen Netzwerkstellen bestand und besteht die besondere Herausforderung darin, diese Initiativen-Netzwerke auf verschiedene gesellschaftliche Ebenen (z.B. auch politische Eliten) auszuweiten, was von den Projekten in unterschiedlicher Weise realisiert wurde.

Schwierige Bedingungen fanden Projekte vor, die in Regionen gefördert wurden, in denen es an Ansätzen zur Vernetzung mangelt bzw. wo bei wichtigen lokalen Akteuren kein Problembewusstsein über die Notwendigkeit von Interventionen und somit auch kein Interesse an Engagement besteht. Hier waren die Netzwerkstellen in der Situation, selbst erst die Voraussetzungen für die eigene Arbeit schaffen zu müssen. Gerade in der Anfangszeit führte dies nicht selten zu Überlastungserscheinungen bei den Mitarbeitern/innen, die auch mit Frustrationen aufgrund der ausbleibenden Resonanz einhergingen. Ebenfalls ungünstig verlief der Projektstart bei Netzwerkstellen, die – als Folge eines nicht konsequenten Einbezugs lokaler Akteure in die Auswahl der Träger – in Gebieten mit bereits vorhandenen Netzwerkstrukturen angesiedelt wurden. Hier existierten (mehrere) lokale Bündnisse im Themenfeld Rechtsextremismus oder es gab Träger, die eine solche Vernetzungsarbeit seit längerer Zeit leisteten, jedoch in der Förderung nicht bedacht wurden. In dieser Konstellation hatten die Netzwerkstellen mit der Schwierigkeit umzugehen, bestehende Ressentiments gegenüber ihrem Projekt zunächst auszuräumen bzw. sich eine angemessene Projektfunktion unter Einbezug der lokalen Gegebenheiten zu erarbeiten.

2. Wie aus diesen Ausführungen deutlich wird, spielen die Rahmenbedingungen für diesen Interventionsansatz eine entscheidende Rolle. Eine generelle Schwierigkeit der Netzwerkstellen insbesondere in ländlichen Regionen stellen die finanziellen

Defizite in den Kommunen dar. Die Priorität anderer Probleme (hohe Arbeitslosigkeit), der Abbau von Mitteln und Stellen in der Jugendarbeit und das häufige „Wegbrechen“ der Kooperationspartner/innen durch Wegzug qualifizierten Fachpersonals erschweren durch die Unterbrechung der persönlichen Kontakte den Aufbau von auf Dauer angelegten Informations- und Kooperationsstrukturen erheblich. Für die Netzwerkstellen hat bedarfsorientiertes Arbeiten Priorität, darum sind einige Projekte in der Situation, diese Defizite ein Stück weit kompensieren zu müssen. So werden beispielsweise von einigen Netzwerkstellen Qualifizierungen von ABM-Kräften oder Fortbildungen in Fundraising-Strategien angeboten, um die Akteure vor Ort zu befähigen, auch zunächst unabhängig vom Thema Rechtsextremismus aktuell arbeitsfähig zu bleiben. Diese Form des Strukturaufbaus zeigt, dass auch und gerade „zivilgesellschaftliche“ Projekte auf stützende (Regel-)Strukturen angewiesen sind.

3. Rahmenbedingungen und Implementationsstrategie beeinflussen die Möglichkeiten der Projektumsetzung. Sie erklären jedoch nicht unterschiedliche „Erfolge“ von Netzwerkstellen, die unter ähnlichen Voraussetzungen tätig sind. Hierfür konnten verschiedene projektinterne Faktoren wie Konzepte, Ansätze und Vorgehensweisen herausgearbeitet werden, die insbesondere auf das Erreichen eines breiten Zielgruppenspektrums Einfluss haben.

Ein vorgedundener Ansatz fokussiert rechtsextreme Erscheinungen als direkt zu beseitigende Phänomene durch politische Bekämpfung auch in der Zielstellung der Netzwerkarbeit. Eine stärkere Eingrenzung der kooperierenden Zielgruppen erfolgt hier bereits im Ansatz der Netzwerkarbeit und setzt sich in einigen Fällen in Vorgehen und Kommunikationsweisen (wie z.B. sprachlicher Exklusion „gegen Rechts“ statt „Rechtsextremismus“) fort, so dass bereits durch solche alltagssprachlichen Verkürzungen bestimmte wertkonservative Akteure nicht angesprochen werden. Weiterhin werden so auch gezielt nur Zielgruppen anvisiert, die sich innerhalb des bereits „überzeugten“ Milieus, des eigenen Ideen- und Meinungsspektrums bewegen. Eine solche weiterführende Motivierung und Vernetzung von engagierten Initiativen ist wichtig, greift jedoch – gemessen am gemeinwesenbezogenen Anspruch – zu kurz. Für die Einbindung anderer Akteure (wie politische Entscheidungsträger, Kirchen, Verwaltungen, Verbände) fehlt es diesem Ansatz an Konstruktivität, also an einem transparenten, positiven Angebot. Fraglich ist, ob

Netzwerkstellen mit diesem Ansatz einer (ausschließlichen) Fokussierung auf die Gegnerschaft zum Rechtsextremismus ihrer Funktion, gemeinwesenintegrierende Vernetzungsarbeit zu leisten und ein breites Zielgruppenspektrum zum Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen einzubinden, gerecht werden können.

So scheint ein Ansatz, der mehr präventiv aktivierend angelegt ist, der mit positiven Zielstellungen und konkreten (präventiven) Angeboten wirbt und der durch signalisierte gleiche Distanz zu den unterschiedlichen Vertretern des Gemeinwesens für diese vertrauensbildend wirkt, günstigere Ausgangsbedingungen für die Vernetzungsarbeit zu schaffen. Als Begründung dafür kann angeführt werden, dass dieser Ansatz eher inklusiv, also offener ist, deutlicher das Ziel der Veränderung/Stärkung demokratischer Strukturen verkörpert, stärker unterschiedliche Akteursgruppen mobilisiert und damit eher chancenreich für eine langfristige Veränderung des kommunalen Klimas sein dürfte. Netzwerkstellen sind keine politischen Basisinitiativen, sie haben ein von dieser Funktion als politischer Akteur zu trennendes Rollenverständnis. Die Rolle als „Mittler/Moderator“ entspricht hier eher dem Anspruch koordinierender, gemeinwesenbezogener Netzwerkarbeit. Projekte, die sich einem solchen offenen, konstruktiven Ansatz zuwenden, sind von der Anlage her eher geeignet, auch unter schwierigen Rahmenbedingungen einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung lokaler Informations-, Kommunikations- und Kooperationsstrukturen zu leisten.

Fazit

Im Rahmen dieses Vortrages konnte ein Einblick in die Evaluierung der Netzwerkstellen gegeben und einige Ergebnisse der Untersuchung angerissen werden. Wichtig erschien mir, die Bedingungen vorzustellen, unter denen intergenerative Vernetzungsprozesse im lokalen Raum so umgesetzt werden können, dass das Vorhaben einer möglichst breit angelegten „lokalen Verantwortungsgemeinschaft“ eingelöst werden kann.

Abschließend kann festgehalten werden, dass solche Netzwerkprojekte sozialräumliche Vorbedingungen benötigen wie eine vorhandene Landschaft an Initiativen und engagierten Akteuren sowie funktionierende „stützende“ Regelstrukturen und personelle Kontinuität. Netzwerkarbeit ist in erster Linie Beziehungsarbeit und hochgradig an Verlässlichkeit und Vertrauen, also an die Qualität persönlicher Kontakte gebunden. Verfügbare Kapazitäten und Motivation bei den lokalen Akteuren sind für die anvisierten lokalen Veränderungsprozesse ebenso notwendig wie ein Minimum

an funktionsfähiger regionaler/kommunaler Infrastruktur. Nicht jeder Interventionsansatz, der zunächst theoretisch sinnvoll und richtig erscheint, ist für jede Region oder in beliebiger Konstellation automatisch funktional. Gerade in den strukturschwachen ländlichen Regionen Ostdeutschlands, in Zeiten allgemeiner Depression, Abwanderung qualifizierter junger Menschen und hoher Arbeitslosigkeit lässt sich altruistisches Engagement schwerlich „einfordern“. Die Reflexion der Mitarbeiter/innen über die Funktion der Netzwerkstelle und insbesondere über die eigene Rolle, weniger als politisch fordernder Akteur, sondern als koordinierende, vermittelnde Instanz mit einem attraktiven Angebot tätig zu werden, ist darum für die Motivierung verschiedener Akteure zum Engagement für eine Veränderung der politischen Kultur sowie für die lokale Akzeptanz der Projekte von entscheidender Bedeutung.

Die durch CIVITAS geförderten Netzwerkstellen sind Modellprojekte, die in einem bestimmten Zeitrahmen verschiedene Konzepte und Verfahrensweisen erproben sollen. Vernetzungsprozesse benötigen generell einen langfristigen Zeithorizont. Die Planungssicherheit solcher Projekte sollte darum auch über einen längeren Zeitraum gewährleistet sein. Vor dem Hintergrund der geschilderten Rahmenbedingungen müssen überzogene Erwartungshaltungen in Bezug auf „schnelle Erfolge“ solcher Projekte zurückgestellt und auf eine Verstärkung der begonnenen Vernetzungsprozesse in den Gemeinwesen hingewirkt werden, damit die noch jungen Netzwerke weiter stabilisiert und auf Dauer gestellt werden können.

Literatur

CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern. Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Kultur und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in den neuen Bundesländern (CIVITAS-Leitlinien 2002).

Lynen von Berg, Heinz; Palloks, Kerstin & Vossen, Johannes (2003): Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung über die Modellphase der Strukturprojekte des Programms CIVITAS initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern. Berlin.

Lynen von Berg, Heinz / Palloks, Kerstin (2003): »Schnelle Erfolge erwartet« - Zum Bedingungsgefüge von Rechtsextremismus und den strukturellen Möglichkeiten und Grenzen von pädagogischen Interventionen. In: Projektarbeit, Heft 1/2003. Berlin.

1) Die vorgetragenen Ergebnisse basieren auf empirischen Untersuchungen im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung des CIVITAS-Programms, die vom BMFSFJ gefördert wird. (vgl. Lynen von Berg/Palloks/Vossen 2003)

2) vgl. Lynen v. Berg/Palloks 2003

3) CIVITAS-Leitlinie 2002